

Schulmittelfond: Antrag im Rat abgelehnt

Schulmittelfond keine Aufgabe der Gemeinde

(ert) Einen kommunalen Schulmittelfond hat Jürgen Mayerl von der Partei „Die Linke“ in der Gemeinderatssitzung beantragt. Damit, so sein Wunsch, solle Kindern von Arbeitslosengeld-II- und Wohngeld- sowie Sozialgeldempfängern ein Zuschuss für Schulmittel gezahlt werden. Bürgermeister Wolfgang Widmaier informierte, dass sich der Finanz- und Personalausschuss bereits mit diesem Antrag befasst hätte. Das Ergebnis: Es sei nicht Aufgabe der Gemeinde, Unzulänglichkeiten von Arbeitslosengeld II oder Hartz IV auszugleichen. Zudem habe sich die Bundesregierung bereits damit befasst und beginnend ab dem Schuljahr 2009/10 ein „Schulstartpaket“ in Höhe von 100 Euro für Kinder aus armen Familien beschlossen. Außerdem stehe bei der Gemeinde ein Betrag bereit, aus dem durch Einzelfallentscheidung Hilfen gewährt werden könnten, sollte eine Familie die erforderlichen Beträge für Schulmittel nicht aufbringen können. Durch den Elternbeirat finde gegebenenfalls auch eine finanzielle Unterstützung statt. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.